



MEINUNG

Gastkommentar

CLAUS J. RAIDL

Aufgeschoben und aufgehoben

Wie in den 70er-Jahren und vor dem EU-Beitritt braucht Österreich jetzt Weichenstellungen. Wie damals stehen wir an einem Scheideweg.

Sie sind meist mühsam, oft unpopulär und immer umstritten: Politische Entscheidungen, die in die Mechanik unserer Wirtschaft eingreifen. Vorhaben, die nicht kurzfristig Symptome bekämpfen, sondern an die Wurzeln gehen und nachhaltig wirken. Doch gegenwärtig erleben wir, wie diese Entscheidungen auf die lange Bank geschoben, verdrängt oder kleingeredet werden. Wirtschaftspolitik ernst zu nehmen, würde bedeuten, die grundlegenden Fragen in Angriff zu nehmen und Weichen so zu stellen, dass unser Wohlstand langfristig erhalten bleibt. Doch viele Politiker und ihre Beraterstäbe meiden Entscheidungen, die in die Spielregeln unserer Wirtschaft eingreifen, wie der Teufel das Weihwasser. Sowohl in Wien als auch in Brüssel.

Dabei weiß jeder: Politisches Leadership bedeutet, große Entscheidungen auch dann zu treffen, wenn man nicht weiß, wie die veröffentlichte Meinung ist, aber davon überzeugt ist, das Richtige zu tun. Das gilt besonders in der Wirtschaftspolitik.

Blicken wir zurück in die 70er-Jahre, als Italien und Schweden ihre Währungen ordentlich abwerten mussten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Welchen Weg sollte Österreich einschlagen? Die rot-weiß-rote Wirtschaftspolitik stand damals am Scheideweg: Ebenso abwerten oder doch den Hartwährungskurs an der Seite Deutschlands einschlagen?

Der damalige Finanzminister, Hannes Androsch, boxte bei Kanzler Bruno Kreisky trotz Gegenwinds aus der Industrie die feste Bindung des Schillings an die D-Mark durch. Die Entscheidung gab dem Land Kraft und wirkt bis heute: Die ehemaligen Weichwährungsländer im Süden haben jetzt im Euroraum viel größere Schwierigkeiten im internationalen Wettbewerb als Österreich. Unsere Unternehmen können die Früchte der damaligen Richtungsentscheidung noch heute ernten. Es gibt sie also, die weitreichenden Entscheidungen in der österreichischen Wirtschaftspolitik, die eine Zäsur markieren.

Mitte der 90er-Jahre war es wieder soweit. Das politische Establishment nahm die Füße in die Hand, die Europäische Gemeinschaft ins Visier und begann, für unsere Zukunft zu marschieren. Die Regierenden wurden bis zur Volksabstimmung nicht müde, zu argumen-



CLAUS J. RAIDL ist Präsident der Oesterreichischen Nationalbank und Vizepräsident des Europäischen Forums Alpbach.

„Gegenwärtig erleben wir, wie wirtschaftspolitische Entscheidungen verdrängt werden. Dabei ist es höchste Zeit.“

redaktion@format.at

tieren, zu diskutieren und zu überzeugen. Sie führten eine Entscheidung herbei, die aus meiner Sicht einen zweiten epochalen Meilenstein für Österreichs Wirtschaft bedeutet – der Eintritt in den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum. Österreich war von einem Tag auf den anderen Teil eines Marktes, der nicht aus sieben Millionen, sondern aus hunderten Millionen Konsumentinnen und Konsumenten bestand. Den Weitblick und Eifer, den das Kabinett unter Franz Vranitzky und Erhard Busek auf das politische Parkett legte, lassen seither viele ihrer Nachfolger schmerzlich vermissen.

Doch dieser Entscheidungswille und diese Durchsetzungskraft wären heute gefragt, denn wieder müssen Weichen neu gestellt werden: bei Bildung, Föderalismus und Pensionsystem. Höchste Zeit, die drei Punkte endlich anzupacken und Reformen durchzuziehen. Die Konzepte liegen längst auf dem Tisch. Steht hier alles weiter still, schränkt die Politik den Handlungsspielraum unserer Unternehmer und Arbeitnehmer weiter ein. Erst mit diesen Reformen lassen sich Lohnnebenkosten senken, stärkere Investitionen in Bildung und F&E wären dann möglich. Dort liegen die größten Chancen für ein rohstoffarmes Land wie Österreich.

Ebenso Europa: Gegenwärtig taumelt die Wirtschaft unseres Kontinents in den Seilen. Wir stehen noch, sind aber angezählt. Die einen setzen auf eine rigide Sparpolitik, um den Wettbewerb zu erhöhen. Die anderen setzen auf den Staat, der anstelle der privaten Nachfrage die Lücke schließen soll, allerdings mit neuen Schulden. Wie viel finanzpolitische Macht brauchen Frankfurt und Brüssel? Mit Euro-Finanzminister oder ohne? Wie lange kann man die Doppelstrategie fahren, einerseits das Budget zu sanieren und andererseits Wachstumsimpulse zu geben? Welchen Kurs schlägt die europäische Wirtschaftspolitik künftig ein?

Höchste Zeit also, sich den grundlegenden Fragen zu widmen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Ich lade Sie ein, sich diesen Sommer bei den Alpbacher Wirtschaftsgesprächen gemeinsam mit zahlreichen nationalen und internationalen Experten auf die Suche nach Antworten zu begeben. Entwickeln wir gemeinsam eine neue Wirtschaftsfantasie für Österreich und Europa!